

KV 22.4.06, S. 1

Stegner gibt Landräten nicht nach

Innenminister will vier Verwaltungsregionen

Kiel – Innenminister Ralf Stegner bleibt hart: Gegen den massiven Widerstand der Landräte will er am Dienstag dem Kabinett vorschlagen, Schleswig-Holstein in vier Verwaltungsregionen aufzuteilen.

Von Uta Wilke

In der unserer Zeitung vorliegenden Kabinettsvorlage ist noch keine Gebietskulisse genannt. Stegner soll aber Sympathien für eine Empfehlung der Industrie- und Handelskammern hegen. Damit könnten Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Neumünster und der Kreis Segeberg eine Verwaltungsregion bilden. Mit der Neuaufteilung soll keine weitere Ebene entstehen. Vielmehr werden in den Verwaltungsregionen, die mindestens 450 000 und höchstens 850 000 Einwohner betreuen sollen, künftig in Trägerschaft der Kreise und kreisfreien Städte bisherige Aufgaben nachgeordneter Landesbehörden wahrgenommen. Dazu will Stegner in enormem Ausmaß Personal auf die kommunale Ebene verschieben. In der Vorlage ist von 950 Stellen die Rede.

Um zu Einsparungen und effizienteren Strukturen zu kommen, werden folgende Aufgaben abgegeben: Immis-

sionsschutz, Wasserrecht, Abfallwirtschaftsrecht, Flurneuordnung, Kataster- und Vermessungswesen, Arbeitssicherheit und Erstellung der Regionalpläne. Das Ministerium folgt damit den Vorschlägen einer Projektgruppe von Staatssekretär Klaus Schlie.

In der Kabinettsvorlage heißt es an die Adresse der Landräte gerichtet, die eine komplette Kommunalisierung ablehnen: „Die bisherigen Landesaufgaben werden jeweils vollständig übertragen; es bleiben keine ‚Restzuständigkeiten‘ beim Land.“ Das Ministerium lehnt auch den Vorschlag der Landräte ab, Landesaufgaben direkt auf die Kreise und kreisfreien Städte zu übertragen. Die Verteilung des „vielfach spezialisierten Personals“ auf 15 Gebietskörperschaften führe zu Synergieverlusten. Dies sei „nicht hinnehmbar“. Und wie wird die Organisation gestaltet? Denkbar ist laut Vorlage, dass sich die Landräte und Oberbürgermeister einer Verwaltungsregion in der Geschäftsführung abwechseln.

Stegner wollte sich in der Sache nicht äußern, sondern zeigte sich empört: „Wenn es das Ziel der Indiskretion ist, die Reform zu blockieren, wird das scheitern.“ Der Ministerpräsident stehe im Wort.

Kommentar Seite 2

KV, 22.04.06, S. 2

KOMMENTARE



Zur Verwaltungsstrukturreform
Von Uta Wilke

Mitte des Landes stärken

Die große Koalition legt sich auf breiter Front mit den Kommunen an: Nach den Plänen für Zwangsfusionen kleiner Verwaltungen und die Kürzung des Finanzausgleichs soll Schleswig-Holstein in vier Verwaltungsregionen aufgeteilt werden. Spätestens nach der Kabinettsitzung wird es einen Aufschrei geben, weil Schwarz-Rot nun die Landschaft komplett umkrepelt. Es gibt auf kommunaler Ebene kaum Interessen, die nicht berührt sind. So laufen die Landräte Sturm, weil sie Sorge haben, dass die Bildung der Verwaltungsregionen nur der erste Schritt zur Schaffung von Großkreisen ist und sie selbst dann überflüssig werden. Auch viele Kreistagsabgeordnete, die schon mal nach Wunschpartnern Ausschau gehalten haben, dürften sich brüskiert fühlen. So wollten eigentlich Segeberg, Stormarn und das Herzogtum Lauenburg zusammengehen. Doch der Plan, den Innenminister Ralf Stegner offenbar verfolgt – eine Verwaltungsregion aus dem bisherigen K.E.R.N.-Gebiet und Segeberg zu schaffen –, ist deshalb nicht falsch. Im Gegenteil: Ein solches Gebilde würde die Mitte Schleswig-Holsteins stärken, die zugleich in einer Achse auf Hamburg ausgerichtet wäre. So könnte die Region von den Impulsen, die von der Metropole ausgehen, profitieren – statt von dem boomenden Nachbarstaat abgekoppelt zu werden. Für viele Betroffene mag die Verwaltungsstrukturreform, die schon 2007 in Kraft treten soll, schmerzlich sein. Aus Sicht des Landes ist es notwendig, zu größeren Einheiten zu kommen und Kosten zu sparen.